

## **EU-Staaten stellen sich gegen Obergrenze für Direktzahlungen**

Sechs EU-Staaten stellen sich in einer gemeinsamen Stellungnahme gegen die Einführung einer Begrenzung der Direktzahlungen für Grossbetriebe.

Die Stellungnahme wurde von den Landwirtschaftsministern Deutschlands, Grossbritanniens, Italiens, Rumäniens, Tschechiens und der Slowakei unterzeichnet, wie Agra Europe schreibt. Jede Diskriminierung von Grossbetrieben stehe den Prinzipien der EU-Agrarreform entgegen, so die Minister. Es würden keine Belege existieren, dass grössere Betriebe nicht ausreichend zur Erfüllung höherer Umwelanforderungen oder zur Bereitstellung

öffentlicher Güter betrügen. Eine Obergrenze führe aber zu etlichen Nachteilen, so könne es zu einer künstlichen Aufspaltung von Betrieben kommen, was zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand führe. Zudem würden Landwirte entmutigt, sich zusammen zu schliessen.

Die EU-Kommission hatte in einer Mitteilung zur Zukunft der Agrarpolitik im November 2010 solche Obergrenzen gefordert.

■ *lid*, 11. März 2011